

Dokumentation Runder Tisch

## **„Frauenpolitik in Brandenburg und Polen – aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen“**

mit

Herrn Adam Bodnar,

Beauftragter für Bürgerrechte der Republik Polen

Frau Monika von der Lippe,

Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Potsdam, 4. Dezember 2018

## Vorwort

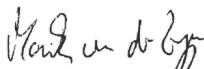
Im Jahr 1918 wurde in Polen und in Deutschland das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Seitdem wurden weitere Fortschritte in der Frauen- und Gleichstellungspolitik errungen. Dabei hat auch die Europäische Union eine wichtige Rolle gespielt, wie zum Beispiel beim Recht auf gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit.

Heute, hundert Jahre später, gibt es in Europa ganz unterschiedliche Entwicklungen. Während in Irland das Abtreibungsrecht gelockert wurde, hat die ungarische Regierung die Geschlechterstudien aus der Liste der zugelassenen Masterstudiengänge gestrichen. Und in Polen wurde im Rahmen des Programms „Familie 500 plus“ das Kindergeld deutlich erhöht.

Welche Rolle spielt Europa in 2018/2019 für die Gleichstellung von Frauen und Männern?  
Wo steht die Gleichstellungspolitik in Brandenburg?  
Und was können wir von den Erfahrungen in unserem Nachbarland Polen lernen?


Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Runden Tisches mit dem polnischen Beauftragten für Bürgerrechte, Herrn Adam Bodnar. Auf Einladung der Landesgleichstellungsbeauftragten Monika von der Lippe und der Friedrich-Ebert-Stiftung Brandenburg kam er am 4. Dezember 2018 nach Potsdam, um gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gleichstellungspolitischen Organisationen in Brandenburg zu diskutieren, sich auszutauschen sowie auf diese und weitere Fragen Antworten zu finden. Die Veranstaltung stieß auf ein großes Interesse, deshalb können Sie die Impulsbeiträge und Diskussionen in dieser Dokumentation nachlesen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!



Monika von der Lippe

Landesgleichstellungsbeauftragte



Carsten Werner

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

[www.gleichstellung.brandenburg.de](http://www.gleichstellung.brandenburg.de)

<https://www.fes.de/gender/>

# Programm und Inhaltsverzeichnis

Begrüßung durch **Carsten Werner**, Friedrich-Ebert-Stiftung,

Einführung durch die Moderatorin **Joanna Stolarek**, Journalistin, Neue deutsche Medienmacher e.V.

## *Impulsbeiträge*

„Frauenrechte in Polen“, **Adam Bodnar**, Beauftragter der polnischen Regierung für Bürgerrechte Seite 4

„Frauenrechte in Brandenburg“, **Monika von der Lippe**, Landesgleichstellungsbeauftragte Seite 6

*Diskussionsrunde* „Blick über den Tellerrand“: Was können wir voneinander lernen? Seite 10

Resümee der Diskussion und Ausblick, Joanna Stolarek Seite 16



Dokumentation: Anne Reisenweber

Fotografie: Johanna Bergmann

Dolmetscherin: Eva-Maria Steiger

# Impuls „Frauenrechte in Polen“, Dr. Adam Bodnar

## Einleitung

Ich möchte mich ganz herzlich für die Einladung bedanken. In Warschau gab es kürzlich eine Konferenz von Dr. Slawomira Walczewska, Gründerin der Frauenstiftung „eFKa“, die sich ebenfalls mit den Rechten der Frauen in Polen beschäftigte.<sup>1</sup>

Am Anfang möchte ich Themen umreißen, die sich mit den Rechten der Frauen in der polnischen Verfassung beschäftigen.

## 100 Jahre Unabhängigkeit - 100 Jahre Frauenwahlrecht

In diesem Jahr feiert Polen nicht nur seine 100-jährige Unabhängigkeit,<sup>2</sup> sondern auch das 100-jährige Frauenwahlrecht, zwei Dinge, die miteinander kommunizieren. Wichtig ist zu unterstreichen, dass die Rechte der Frauen nicht erteilt, sondern durch polnische Feministinnen erkämpft wurden. Der Anführer der polnischen Sozialisten und spätere Staatschef Józef Piłsudski war im Hinblick auf die Unabhängigkeit Polens davon überzeugt, dass die von ihnen angestrebte soziale Emanzipation, ihr Gerechtigkeitsstreben nur im Rahmen eines souveränen, demokratischen Staatswesens gelingen könnte, und setzte sich für die Rechte der Frauen ein.

## Rechtliche Grundlage der Gleichstellung von Mann und Frau

Die polnische Verfassung aus dem Jahr 1997 garantiert die Gleichberechtigung der Rechte der Männer und

---

<sup>1</sup> In ihrer Doktorarbeit beschäftigte sich Walczewska in „Damen, Ritter und Feministinnen“ mit feministischen Diskursen in Polen. Ihre Arbeit behandelt die Geschichte der alten Frauenbewegung in Polen und ihre Bedeutung für die aktuelle Welle der Frauenbewegung sowie für die polnische Kultur. In der Zeit von 1993 bis 1997 war Walczewska mit Beata Kozak und Bożena Choluż Redakteurin der ersten feministischen Zeitschrift „Pełnym Głosem“ (Mit voller Stimme). Diese Zeitschrift spielte eine wichtige Rolle für die polnische Frauenbewegung. Darüber hinaus ist sie Mitbegründerin und Redakteurin des feministischen Verlags eFKa.

<sup>2</sup> In Polen wird am 11. November an die Gründung der Zweiten Polnischen Republik 1918 erinnert: Nach 123 Jahren der Teilung durch Preußen, Österreich-Ungarn und Russland erlangte das Land damals endlich seine Unabhängigkeit, die zunächst jedoch nur zwei Jahrzehnte hielt.



Frauen in Bezug auf die gesellschaftliche Teilhabe am politischen Leben und der politischen Mitbestimmung. Die Besonderheit in der Verfassung ist der § 33, welcher vorsieht, dass Frauen das Recht auf die gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben haben, und der jegliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts verbietet. Jedoch bestimmen traditionelle Rollenbilder, welche aus der patriarchalen Sicht auf die Familie kommen, die polnische Gesellschaft. In verschiedenen Lebenslagen werden Frauen im Hinblick auf geringere Bezahlung sowie in Bezug auf ungleichberechtigte Wahrnehmung der Familienaufgaben diskriminiert.

## Die Frauenquote in der Politik und Wirtschaft

2011 ist das Wahlgesetz zu Frauenquote in der Politik in Polen erstmalig zur Anwendung gekommen. Es schreibt vor, dass auf Wahllisten von Parteien mindestens 35 Prozent Frauen stehen müssen. Gesetzlich haben die Frauen die gleichberechtigte Teilhabe am politischen Leben, aber aktuell sind nur 25 Prozent der politischen Akteure weiblich. Es werden politische Kräfte gebraucht, um die Frauen für Teilhabe am politischen Leben zu motivieren und zu befähigen. Frauen müssen gestärkt werden, damit sie mehr Möglichkeiten bekommen am gesellschaftlichen, politischen Leben teilzunehmen.

In der Wirtschaft braucht es mehr Frauen in Aufsichtsräten der Betriebe. Trotz Ministerialverordnung, die vorschreibt Aufsichtsräte paritätisch zu besetzen, funktioniert die Quotierung nicht. In Aufsichtsräten börsennotierter Firmen in Polen sind Frauen nur zu 12 Prozent vertreten. In der EU gab es zur Frauenquote in Aufsichtsräten ebenfalls Bestrebungen.

Allerdings ist die EU-weite Frauenquote in Aufsichtsräten 2015 von Polen und acht weiteren EU-Staaten 2015 abgeschmettert worden.

Großkanzleien sind bis zu 10 bis 15 Prozent weiblich besetzt.

In der kommunalen Wirtschaft, wie beispielsweise in Stadtwerken, möchte man eine Frauenquote in Führungspositionen etablieren.

### **Traditionelle Rollenbilder in der Arbeitswelt**

Der Anteil von Frauen in der Arbeitswelt ist sehr hoch, wobei es natürlich Bereiche gibt, in denen Frauen unterbesetzt sind. Vor acht Jahren etwa gab es in einer polnischen Zeitung einen Artikel über einen Arbeitgeber, der auf einen Schweizer-Posten in einer Werft bei Gdansk zunächst Bedenken hatte, eine Frau einzustellen, weil er annahm, dass sich Männer nicht mehr konzentrieren könnten, wenn eine Frau mit ihnen zusammenarbeitet. Doch die Bewerberin überzeugte den Arbeitgeber durch ihre Qualifikation und Fähigkeiten, welcher sie aufgrund dessen dann einstellte. Außerdem gab es in Polen viel Aufsehen, weil eine Frau nicht am Motocross-Sport teilnehmen durfte, weil angenommen wurde, dass sie ein Motorrad nicht anheben könne. Dabei gibt es bereits eine Frau, die Vizemeisterin im Motocross wurde. Es brauchte viel Überzeugungsarbeit, um zu zeigen, dass Frauen an Motocross teilnehmen können. Die Situation in Polen ist zunehmend nicht mehr abhängig vom Geschlecht, sondern von Qualifikation, Wünschen, Fertigkeiten und Fähigkeiten einzelner Personen.

Frauen haben die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, aber dadurch, dass Frauen häufig Familienaufgaben wahrnehmen, haben sie Schwierigkeiten, diese Chancen wahrzunehmen.

Das größte Problem liegt immer noch in den Einstellungen. In den polnischen Rechtsvorschriften ist es eigentlich vorgesehen, dass Väter zwei Wochen Vaterschaftsurlaub nehmen können. Aber nur zehn Prozent nutzen diesen Urlaub. Ich selbst ging zwei Wochen in Vaterschaftsurlaub (die Presse berichtete darüber). Als ich einem Gesprächspartner auf einer Konferenz stolz von meinem Vaterschaftsurlaub berichtete, sagte er mir, dass er, als seine zwei Söhne vor 15 Jahren geboren wurden, selbstverständlich ein halbes Jahr im Vaterschaftsurlaub gewesen sei. Da merkte ich, wie viel Polen noch nachzuholen hat.



### **Traditionelle Rollenbilder/ Restriktive Reproduktionspolitik**

Durch die Wahrnehmung von Familienaufgaben werden Frauen in Polen abgehalten, Netzwerke zu pflegen und Beziehungen zu knüpfen. Dies führt dazu, dass Frauen Brüche in ihren Karrieren erleben. Wir werden sehen wie es mit der Gleichstellung in Sachen Kindererziehung in Polen weitergeht. Die aktuelle Politik in Polen ist durch die konservative Ausrichtung der aktuellen PiS-Regierung bestimmt. Diese Regierung ist eng mit der katholischen Kirche verbunden. Dadurch wird die Rolle der Frau in der Familie durch die Sichtweise der katholischen Kirche bestimmt.

Die Sichtweise der katholischen Kirche beeinflusst die Gesetzgebung, was die Reproduktionsfähigkeiten der Frau angeht. So ist es bekannt, dass die konservative Regierung mit der katholischen Kirche gegen Schwangerschaftsabbrüche ist. Abtreibungen sind in Polen nur unter sehr restriktiven, vom Gesetzgeber festgelegten Bedingungen erlaubt. Schwangerschaftsabbrüche sind nur erlaubt, wenn das Leben der Frau oder des ungeborenen Kindes in Gefahr sind. Daher befinden sich Frauen, die ungewollt schwanger werden, oftmals in einer Notlage. Wenn sie die Abtreibung in Polen vornehmen wollen, ohne einen Grund vorzuweisen, werden sie und der Arzt oder die Ärztin mit der Härte des Gesetzes konfrontiert. Aus diesem Grund suchen mehrere 100 polnische Frauen pro Jahr, die ungewollt schwanger geworden sind, Hilfe im Ausland. Hier zeigt sich die Teilung der Gesellschaft in Arm und Reich, die in Polen zunimmt. Gut betuchte Frauen haben die Möglichkeit, die Abtreibung im Ausland vorzunehmen. Frauen, die jedoch finanziell nicht dazu in der Lage sind, begeben sich oft in Gefahr für Leib und Leben. Die katholische Kirche hat einen Gesetzesentwurf vorbereitet, um das Abtreibungsgesetz zu verschärfen. Im Anschluss an die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfes gingen Frauen in Polen auf die Barrikaden. Deshalb hat die Regierung jetzt Angst, die Debatte erneut aufkommen zu lassen, weil gerade die junge Generation immer aktiver wird. In diesem

Zusammenhang ist in den letzten Jahren eine Frauenbewegung in Polen aktiv geworden, die sich gegen die Vorstellungen der katholischen Kirche erhebt.

Die öffentlichen Mittel für In-vitro-Verfahren wurden in Polen gekürzt, und der Zugang wurde erschwert. Daraus resultieren kuriose Vorkommnisse. Der Bürgermeister von Tschenstochau (ein Ort, der als bekanntester Pilgerort für Katholiken weltweit gilt) hat eigens ein In-vitro-Programm erlassen.

### **Sexuelle Aufklärung**

In Polen gibt es Verhütungsmittel ausschließlich auf Rezept, und die Tablette zum Abbruch einer Schwangerschaft wird kaum ausgehändigt. Mädchen dürfen zwar ab dem 15. Lebensjahr legal Sex haben, aber ab dem 18. Lebensjahr, wenn sie die Pille haben wollen, müssen sie zu einer Sexual-Pflichtberatung. An dieses Thema schließt sich Sexualerziehung in den Schulen an. Einerseits gibt es einen ausführlichen Sexualunterricht in Polen,<sup>3</sup> andererseits entstehen neue Organisationen und Vereine, die zu diesem Thema arbeiten. Diese Vereine und Organisationen erfreuen sich zunehmender Beliebtheit und Nachfrage. Zum Beispiel hat Anja Rubik (arbeitet in der Modeindustrie als Laufstegmodell) eine Stiftung namens „Sex and Health“ gegründet, welche besser über Sex informieren soll. Zudem schrieb Anja Rubik ein Schul- und Aufklärungsbuch (#Sexedpl), erhältlich für knapp 5 Euro. Dieses Buch hat zur Popularität der Stiftung und des Themas beigetragen und richtet sich an Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren.<sup>4</sup> Das Buch ist sehr begehrt und füllt ein wenig die Lücke der liberalen sexuellen Aufklärung in Polen.

### **Nachsorge/ Wochenbettbetreuung**

In Polen gibt es Schwierigkeiten in der nachgeburtlichen Nachsorge/Wochenbettbetreuung für Mütter (Hebammen etc.). Nur wenige Frauen erhalten ein Recht auf eine aufsuchende Betreuung. Trotz der Aufklärungsarbeit der NGOs, was die Frauengesundheit anbetrifft, ist das Netz der nachgeburtlichen Nachsorge/Wochenbettbetreuung sehr dünn gestrickt; einige Frauen erhalten keinerlei

---

<sup>3</sup> Der Sexualkundeunterricht in Polen steht unter dem Einfluss der katholischen Kirche, die zum Teil erzkonservative Ansichten vertritt. Rubik war nach eigenen Angaben entsetzt von den Inhalten einiger Lehrbücher, die unter anderem Homosexualität als Krankheit darstellten. Das Thema sei im katholisch geprägten Polen noch immer ein großes Tabu, die Lücken in der Sexualerziehung dementsprechend verheerend.

<sup>4</sup> Rubiks Buch entstand in Zusammenarbeit mit Frauenrechtlern und Sexualerziehern und soll Teenager und Eltern über Themen wie Verhütung, sexuell übertragbare Krankheiten und Homosexualität aufklären.

dieser Dienstleistungen. In Polen ist das Angebot an Dienstleistungen für die Frauen im Zusammenhang mit der Geburt im Allgemeinen schlechter als in Deutschland. Es gibt sehr lange Wartezeiten, um überhaupt Termine bei Ärztinnen und Ärzten zu bekommen. Denn aufgrund der niedrigen Löhne gibt es zu wenige Anästhesistinnen und Anästhesisten, Fachärztinnen und Fachärzte sowie Kinderärztinnen und Kinderärzte. Viele junge Ärztinnen und Ärzte sind nach Deutschland ausgewandert.

### **Häusliche Gewalt**

In Polen gibt es vermehrt Meinungen, welche die Konformität mit den Inhalten der UN-Kinderrechtskonvention und der Realität in Polen anzweifeln. Dabei ist Gewalt gegenüber Frauen und Kindern in der Familie nicht mit christlichen Werten vereinbar. Die Situation in Polen ist besorgniserregend. Organe, die gegen die Gewalt vorgehen (z.B. Polizei etc.), und Verfahren, die Gewalt aufklären, nachgehen und bestrafen sollen, sind nicht effizient. Es gibt sehr viel zu tun, denn das System ist unzureichend wirksam. Besonders verheerend dabei ist, dass NGOs, die zum Thema häusliche Gewalt arbeiten, keine Unterstützung von der Regierung bekommen. In der letzten Zeit gab es Fälle, dass NGOs, wie beispielsweise Frauenzentren, die finanzielle Unterstützung von der Regierung entzogen wurde. Die Regierung möchte negieren, dass diese Themen in der Gesellschaft vorhanden sind. Sie sagt, es gibt keine Gewalt, und somit braucht es keine NGOs, die dafür arbeiten. In Polen ist es gesetzlich verboten, Kinder zu schlagen. Trotzdem sagen Politiker, ein Klaps sei nicht weiter schlimm, und warum werde nie über Gewalt gegen Männer gesprochen.<sup>5</sup> Beim Thema häusliche Gewalt geht die Regierung davon aus, dass die Familie eine gesellschaftliche Einheit für sich ist, der man so wenig wie möglich vorschreiben sollte. Die Rolle des Staates besteht nicht darin, sich in private Angelegenheiten einzumischen. Aus dieser Sicht heraus entsteht die Situation in der Gesellschaft, dass – wenn es um die Sicherheit der Familie als solche geht –, die Regierung bereit ist, alles Notwendige zu tun. Aber wenn es um das Thema häusliche Gewalt innerhalb der Familie geht, verschließt sie die Augen.

---

<sup>5</sup> Zuletzt verstieg sich Justizminister Jaroslaw Gowin sogar zu der absurden Behauptung, die Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zerstöre traditionelle Familienwerte und ebne der Homoehe den Weg. Die Konvention sei im Duktus einer polenfremden „feministischen Ideologie“ geschrieben und daher abzulehnen. (TAZ 05.10.2012)

## **Diskriminierung**

Diskriminierungen von Frauen finden oftmals nicht aufgrund ihres Geschlechts statt, sondern weil sie anderen Minderheiten angehören. Frauen werden häufig in Bezug auf ihre sexuellen Orientierungen oder körperlichen Behinderungen diskriminiert. Diese Arten der Diskriminierungen treffen besonders Frauen sehr stark.

## **„Hate-Speech“ im Netz**

NGOs die sich mit allen vorgestellten Themen beschäftigen, sind in Polen sehr vielfältig. Es gibt Organisationen, die sich mit Gewalt, in vitro-Fertilisation oder Gender Mainstreaming beschäftigen. Dazu werden häufig Berichte von NGOs veröffentlicht, die über diese Themen aufklären. Vor einiger Zeit informierte ein Bericht der Helsinki-Stiftung über überproportionale Angriffe im Netz gegen Frauen. Anfänglich konnte ich nicht glauben, dass Frauen im Internet viel stärker Hass-Tiraden ausgesetzt seien sollen, als Männer. Dann hielt ich ein Seminar an einem Gymnasium bei Warschau ab. Bei diesem Seminar bat ich die Schülerinnen und Schüler, auf einem Zettel Erfahrungen aus den letzten Monaten aufzuschreiben, welche gegen die UN-Menschenrechtscharta verstießen. Als ich in meinem

Vortrag über Beschimpfungen und Diskriminierung sprach, beobachtete ich zwei Schülerinnen, die mir sehr aufmerksam zuhörten. Aus den Antworten, welche ich diesen beiden Schülerinnen zuordnete, ging hervor, dass sie sehr häufig Erfahrungen mit „Hate-Speech“ gemacht hatten. Schulen sind besonders in der Pflicht, Aufmerksamkeit auf dieses Phänomen des Mobbing aus dem Netz zu legen und entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Angriffe im Netz treffen besonders junge Mädchen aus kleinen Orten, weil diese besonders auf das Internet angewiesen sind.

## **Paritätische Besetzung auf Podien**

Vor kurzem war ich auf einer Konferenz in Andenken an Zbigniew Brzeziński (Wahlkampf-Berater Lyndon B. Johnsons und Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter). Auf dieser Konferenz sprachen sechs Männer aus männlicher Perspektive über Geopolitik. Bei den wichtigsten Konferenzen sitzen nur Männer auf dem Podium. Wir können nicht zulassen, dass sich ausschließlich Männer an zentralen Gesprächen beteiligen. Frauen verdienen die tägliche Achtung, und es sollte Frauen und Männer gleichermaßen möglich sein, sich an Gesprächen zu allen Themen des gesellschaftlichen Lebens zu beteiligen.

# Impuls „Frauenpolitik in Brandenburg“, Monika von der Lippe



## Brandenburg - Stand der Dinge / Herausforderungen

1918 wurde in Polen und in Deutschland das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Seitdem wurden weitere Fortschritte in der Frauen- und Gleichstellungspolitik errungen.

Wo stehen wir heute, hundert Jahre später, bei uns in Brandenburg?

Die Ausgangslage ist gut:

- Das Grundgesetz und die Brandenburger Landesverfassung geben uns den Auftrag, die Gleichstellung von Frauen und Männern aktiv zu fördern.
- Die Gleichstellung über alle Politikfelder hinweg ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung.
- Die Landesregierung hat ein Leitbild verabschiedet.
- Wir haben die Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramme I und II sowie damit verbunden spezielle Fördertöpfe.
- Es gibt das Landesgleichstellungsgesetz und damit auch mein Amt der Landesgleichstellungsbeauftragten.
- In dieser Funktion flankiere ich als Landesgleichstellungsbeauftragte die Bemühungen der Landesregierung.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind gut - und zumindest die verbale Aufgeschlossenheit gegenüber der Gleichstellungspolitik ist vorhanden.

Das Jubiläum 100 Jahre Frauenwahlrecht hat für große Aufmerksamkeit gesorgt und für das Thema Gleichstellung sensibilisiert.

Die Herausforderungen liegen, wie so oft, in der praktischen Umsetzung. Wenn es um ganz praktische Schritte geht sind die Vorbehalte oft groß.

Dies zeigt sich zum Beispiel in der Debatte um Parität. In Brandenburg setzen sich viele Frauen und Männer für eine gesetzliche Regelung ein, die für eine angemessene Repräsentation von Frauen in der Kommunal- und Landespolitik sorgt. Die meist weiblichen Fürsprecherinnen und Fürsprecher für diese Änderung sind dabei quer über alle politischen Parteien hinweg aktiv. Die meist männlichen Gegner einer solchen Regelung ebenfalls.

Ein weiteres Beispiel für die Hindernisse in der konkreten täglichen Gleichstellungspolitik ist die Arbeit der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Diese haben zwei Aufgaben: Nach dem Landesgleichstellungsgesetz sollen sie intern in die Behörden und nach der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg in die Kommune hinein wirken. Erst ab 30.000 Einwohnerinnen üben sie diese Aufgabe hauptamtlich aus. Dabei kämpfen sie mit begrenzten Ressourcen, Mehrfachbeauftragungen (!) usw.

Auch hier gilt: Bereits errungene Rechte und Maßnahmen müssen immer wieder verteidigt werden!

## Wo geht die gleichstellungspolitische Reise in Brandenburg hin?

In Europa gibt es verschiedene Strömungen nationallibertär, über christlich-fundamentalistisch bis völkisch-national.

Sie alle sind in verschiedenen Abstufungen gegen:

- gegen aktive Gleichstellungspolitik
- gegen das Selbstbestimmungsrecht von Frauen über ihren Körper
- und gegen die Vielfalt von Lebensentwürfen.

Darauf können sie sich einigen, egal welcher Strömung sie angehören.

Anti-Feminismus scheint wie eine große Klammer zu wirken, die politische Strömungen im Rechtspopulismus bündelt, die sonst kaum gemeinsame Berührungspunkte hätten. Diese Klammer reicht bis weit in bürgerlich-konservative Kreise hinein.

Aus der Sicht von Rechtspopulisten bedroht eine sogenannte „Gender-Ideologie“ ein scheinbar intaktes



gesellschaftliches Gefüge und muss daher aktiv bekämpft werden.

In Brandenburg werden mittlerweile Stimmen laut, die sich dagegen aussprechen, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.

Lassen Sie mich das an drei Beispielen erläutern:

1. Gleichstellungspolitik: Antrag der AfD Fraktion „Pfleger der deutschen Sprache - Abschaffung der sogenannten ‚gendergerechten Sprache‘ im amtlichen Gebrauch“ (Drucksache 6/9731)
2. Selbstbestimmungsrecht von Frauen: Es gibt derzeit eine Diskussion über den §219a. Dieser verbietet Werbung für Schwangerschaftsabbrüche. In jüngster Zeit wurden vermehrt Ärztinnen, die auf ihrer Website darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen, auf Grundlage dieses Paragraphen angeklagt und zum Teil bereits verurteilt.
3. Vielfalt von Lebensentwürfen: Antrag der AfD Fraktion: „Brandenburg stellt finanzielle und ideelle Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule & Trans ein“ (Drucksache 6/6725).

Hier gibt es mehrere Ebenen:

1. Formale Rechte sollen abgeschafft oder verändert werden, zum Beispiel nicht mehr für alle gelten
2. Grundlagen für alltägliche Gleichstellungspolitik soll abgeschafft oder die Ressourcen sollen reduziert werden
3. Es sollen andere gleichstellungspolitische Schwerpunkte gesetzt werden

Beispiele:

- Der Stadtrat der Stadt Verona in Italien hat einen Antrag „Zur Verhinderung von Abtreibung und zur Unterstützung der Mutterschaft“ beschlossen, der von Alberto Zelger, Stadtrat der rechtsextremen Lega, eingebracht wurde. Diese regiert seit Juni gemeinsam mit der populistischen 5-Sterne-Bewegung das Land (Vgl. taz Artikel vom 4.10.2018)
- In Ungarn wurden die Geschlechterstudien aus der Liste der zugelassenen Studiengänge gestrichen. Dies ist auch eine Forderung aus dem Grundsatzprogramm der AfD in Deutschland
- In Polen wurde im Rahmen des Programms „Familie 500 plus“ das Kindergeld deutlich erhöht.

## Wie reagieren die gleichstellungspolitischen Akteure weltweit auf diese Entwicklung?

Gleichstellungspolitik im Aufwind:

In Bundesländern, in denen in den letzten Jahren Rechtspopulisten ins Parlament eingezogen sind, fördern die Landesregierungen u.a. die Rechte sexueller Minderheiten. Im eher konservativen Sachsen-Anhalt will sich die Landesregierung explizit für die Bedürfnisse und Probleme von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-Personen, transidenten und intersexuellen Menschen einsetzen. So steht im Koalitionsvertrag: „Wir werden uns – vorzugsweise unter Weiterentwicklung vorhandener Verbandsstrukturen wie des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) – für eine unabhängige Landeskoordinierungsstelle zur LSBTI-Thematik einsetzen.“

Auch Politiker\*innen der Fraktionen im Landtag Brandenburg reagierten 2017 mit einem klaren und einhelligen "jetzt erst recht" auf den eben genannten Antrag der AfD Fraktion gegen die finanzielle und ideelle Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule & Trans.

Frauen organisieren sich:

Weltweit gibt es neue frauenpolitische Bewegungen, die sich gegen Diskriminierung und für ihr Recht einsetzen. In den USA der Women's March mit den pinken Katzenmützen (pussy hats) als Zeichen des Protestes, Frauen, die sich in Irland für die Lockerung des Abtreibungsgesetzes eingesetzt haben, bzw. in Polen gegen die Verschärfung desselben: Czarny Protest

Was passiert, wenn wirklich Rechte eingeschränkt oder institutionelle Förderungen eingestellt werden?

Bislang gibt es dazu in Deutschland und in Brandenburg noch keine Erfahrungswerte!



## Was können wir von den Erfahrungen in unserem Nachbarland Polen lernen?

- Was sind die polnischen Erfahrungen? Welche Bereiche, Themen und Akteure waren betroffen und wie? (Gleichstellungspolitik/Equal Pay, SRGR/Schwangerschaftsabbruch, LSBTIQ,)
- Wie hat die Zivilgesellschaft reagiert?
- Wann kam es wo zu einem positiven Effekt der Mobilisierung? Zum Beispiel bei den schwarzen Märschen czarny protest?
- Was könnte passieren? Wie könnten wir darauf reagieren?
- Welche strategischen Tipps hat der Beauftragte für uns?



## Diskussionsrunde „Blick über den Tellerrand“

**Stolarek:** Sie haben beide in ihren Beiträgen noch einmal betont, das Frauenwahlrecht wurde nicht gegeben, sondern erkämpft – jetzt ist die Frage, müssen wir Frauen und hoffentlich in Unterstützung von den Männern noch einmal kämpfen?

**Von der Lippe:** Ja, denn ich habe den Eindruck, dass wir uns etwas überlegen müssen. Wir sehen, dass die Debatten sowohl im Brandenburgischen Landtag, als auch auf Bundesebene, als auch auf europäischer Ebene, wo wir ja im nächsten Jahr Wahlen zu verzeichnen haben, verstärkt in die Richtung gehen, dass man Frauenrechte angreift. Deshalb müssen wir uns etwas einfallen lassen. Wir müssen uns damit beschäftigen, welche Argumente vorgetragen werden. Dazu haben wir in Deutschland noch keine Erfahrungswerte. Deswegen bin ich ganz gespannt zu hören, wie die Erfahrungen in Polen sind.

**Bodnar:** Es geht um die Stärkung der Fraueninitiativen, jedes Jahr gibt es in Polen einen Frauenkongress (Kongres Kobiet), an welchem unterschiedliche Frauenorganisationen teilnehmen. Dort geht es unter anderem um Fragen, wie das Private mit dem Gesellschaftlichen zusammengebracht werden kann. Frauen werden immer sichtbarer in der polnischen Politik. Skandinavische Standards sind bei weitem noch nicht erreicht, aber dieser Kongress ist ein Anfang. Auf diesem Kongress nehmen die Frauen die unterschiedlichsten Schulungen wahr, die sie empowern, sich in der Politik zu behaupten.

Der Zuschuss von 500 Euro Kindergeld ist gerade für Frauen in ländlichen Gebieten ein Problem, denn dort verdienen Frauen beispielsweise im Verkauf ähnlich viel Geld und überlegen es sich natürlich ob es sich dann lohnt, überhaupt arbeiten zu gehen. Eine andere Lösung wäre auch, dass sich der Arbeitgeber an den Kosten für die Elternzeit beteiligt.

**Ludwig:** Ich hätte mir noch gewünscht, dass Sie Beispiele aus der Geschichte der polnischen Frauenbewegung genannt hätten, an denen sich andere Länder ein Beispiel nehmen können.

**Baranowska-Koch:** Als ich vor 30 Jahren nach Deutschland kam, wurde ich im Südwesten Deutschlands böse angeschaut, weil ich meine Kinder in Betreuung gab. Und als Ingenieurin war ich die einzige Frau in meinem Bereich. In West-Deutschland war es nicht üblich, dass Frauen arbeiten gingen.



**Bodnar:** Ein Beispiel für die polnische Frauenbewegung ist meine Mutter. Sie kam aus einem kleinen Ort und schloss mit großer Anstrengung ihr Studium ab. Für die sozialistische Gesellschaftsform, in der sie lebte, war es selbstverständlich, dass Frauen arbeiten gingen. Man wählte sie aber in die kommunistische Partei, weil man davon ausging, Frauen seien gut manipulierbar. Dieser Vorstellung widersprach sie klar.

Heute ist beispielsweise nur noch die Rede von den Kämpfern von Solidarność. Was die Geschichte angeht, sollten wir nicht vergessen, dass die Kämpferinnen von Solidarność ebenfalls sehr aktiv waren und ohne sie die Bewegung nicht erfolgreich gewesen wäre.

**Peters:** Ich bin von Beruf aus Richterin im Arbeitsrecht. Deshalb habe ich besonders Fragen in Bezug auf das Arbeitsrecht. Wie sieht es in der Einkommenssituation von Männern und Frauen in Polen aus? In Deutschland ist es so, dass wir etwa 21 Prozent weniger pro gearbeitete Stunde als Männer verdienen, die Rentenbezüge von Frauen sind im Durchschnitt nur halb so hoch, wie die Rentenbezüge von Männern. Untersuchungen haben gezeigt, dass selbst beim Taschengeld Jungen schon im Durchschnitt drei Euro im Monat mehr bekommen. Sie haben vorhin gesagt, dass in den Großkanzleien 10 bis 15 Prozent der Partnerinnen und Partner weiblich sind. Außerdem haben Sie gesagt, dass die Quote für Frauen in Aufsichtsräten in Polen sehr gering sei. Das sieht bei uns in Deutschland nicht anders aus. Ich kann das eins zu eins bestätigen. Im letzten Jahr haben wir die erste Präsidentin an einem Landgericht in Brandenburg bekommen. In den 25 Jahren davor sind immer nur Männer benannt worden.

Wie sieht es aus mit unterschiedlichen Einkommensverhältnissen von Männern und Frauen in Polen?

**Bodnar:** Die Differenz ist bei uns geringer als in Deutschland und liegt etwa bei 8-9 Prozent. Das hängt sicher mit Volksrepublik zusammen. Die Menschen wissen jedoch nicht voneinander, was der Einzelne oder die Einzelne verdient. Ich selbst habe eine sehr starke Gewerkschaft im Büro und ich weiß genau, dass die Gewerkschaft nicht einverstanden sein würde, überall publik zu machen, was Einzelne verdienen, auch wenn sie sich im Allgemeinen für Transparenz einsetzen. Aber Vergleiche sind dadurch nicht möglich. Hinzu kommt, dass Frauen deutlich früher in Rente gehen (mit 60) als Männer (mit 65). Dadurch bekommen viele Frauen gerade in ländlichen Gebieten mit geringen Einkommen nur in etwa 250 Euro Mindestrente.



**Lukoschat:** Ich bin Leiterin einer Non-Profit-Organisation, der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft. Dabei ist ein Arbeitsschwerpunkt von uns, die politische Partizipation von Frauen zu fördern. Das haben wir in diesem Jahr sehr intensiv gemacht. Im Zuge des 100-jährigen Wahlrechts für Frauen haben wir eine Kampagne für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geleitet.

Mit der Unterstützung des Auswärtigen Amtes sind wir ermuntert worden, auch Kontakte nach Polen zu knüpfen. Zusammen mit Cornelia Pieper, Generalkonsulin der Stadt Danzig, und mit Frauen des polnischen Frauenkongresses haben wir spontan 100 Jahre Frauenwahlrecht Polen und Deutschland gefeiert und eine Initiative gegründet, die unter dem Namen „Weimarer Dreieck der Frauen“ läuft. Das „Weimarer Dreieck der Frauen“ hat sich zum Ziel gesetzt, Frauen aus der Zivilgesellschaft, aus der Wirtschaft, aus der Kunst, den Medien und der Diplomatie miteinander in Kontakt zu bringen. An den Kontakten zur französischen Seite arbeiten wir noch, denn diese ist uns auch besonders wichtig. Der französische Präsident Macron regiert das Land mit einer sehr fortschrittlichen Gleichstellungspolitik - Gleichstellung ist „la grande course national“ – die große nationale Sache. Frankreich

hat ein Paritäts-Gesetz für die Politik. Dennoch sind auch dort noch einige Probleme, besonders hinsichtlich des Alltagssexismus und im Hinblick auf häusliche Gewalt zu lösen. Aber wir können viel voneinander lernen. Wichtig ist noch zu wissen, dass der polnische Frauenkongress äußerst eindrucksvolle Arbeit verrichtet. Viele in Deutschland wissen gar nicht, was für eine starke Frauenbewegung Polen hat. Ich glaube wir kommen nur voran, wenn Frauen und Männer in der Politik und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten. Das ist meines Erachtens die einzige Strategie auf legalem Wege etwas zu verändern, sowohl institutionell etwas zu verändern, als auch um in das Alltagsleben hineinzuwirken.

**Henning:** Ich habe mich während meiner Zeit an der Viadrina viel mit den Genderfragen im Hinblick auf Polen, aber auch auf europäischer Ebene auseinandergesetzt. Und ich würde gerne das aufgreifen, was Sie, Frau von der Lippe in Ihrem Beitrag erläutert haben, nämlich den Widerstand gegen die Errungenschaften der Frauenbewegung. Der Widerstand in Polen und in Deutschland gegen etwas, was als „Gender-Ideologie“ konstruiert wird, ist ein Einfallstor, um Errungenschaften der Frauenbewegung zu attackieren. Frau von der Lippe, Sie haben sehr schön diese drei Bewegungen, die sich über diese angebliche „Gender-Ideologie“ stellen und als transnationale Kraft wirken, beschrieben. Zum einen ist es wichtig, dies nicht als nationales Phänomen zu begreifen. Anti-Gender stellt sich auf lokaler Ebene unterschiedlich dar in Abhängigkeit von Ressourcen, Netzwerken und Strukturen. Es ist wichtig sich mit dem Gender Begriff zu befassen, denn sonst ist es leicht, einen abstrakten Begriff zu missbrauchen. Der Gender Begriff ist eine Errungenschaft, das Geschlecht als soziale Kategorie sollte nicht missbraucht werden.

Wie reagiert man auf anti-gender Widerstand in Polen und wie ist Ihre Erfahrung mit der Verunglimpfung dieses Begriffs?

**Bodnar:** In Polen wird bewusst die englische Version des Begriffs verwendet, um den Sachverhalt noch fremder klingen zu lassen. Laut diesen Stimmen sei die Gender-Ideologie ein Import aus Brüssel, aus dem Westen, eine Ideologie, die Polen aufgedrängt wird.

Diese Erzählung wurde ebenfalls von der katholischen Kirche im Wahlkampf aufgegriffen. Es stellt sich die Frage ob es nicht damit zu einem Gegeneffekt, wie in Irland kommt, denn die Bevölkerung kauft diese Erzählung nicht ab.

Der Film „Kler“ (deutsch „Klerus“) beleuchtet die Missstände in der katholischen Kirche Polens und erhielt großen Zuspruch in Polen. Die vielen Kinobesucherinnen

und Kinobesucher zeigen das große Interesse. Der Film behandelt Missstände im Umgang mit geistlichem Geld, Macht und Sexualität. Auch das Thema Pädophilie wird im Film bildstark dargestellt. Viele sehen in dem Film einen Tabubruch, der eine längst fällige Aufarbeitung anstoßen kann.

Es kann sein, dass sich nach den Wahlen das Bündnis zwischen katholischer Kirche und Regierung anders darstellen wird.

Zum Thema Juristinnen und Richterinnen: In den Amtsgerichten sind Frauen zu 50 Prozent vertreten. In den obersten Gerichten sind fast nur Männer. Frau Gersdorf, die Oberste Richterin in Polen, hat sich ihrer Zwangspensionierung widersetzt und für ihre Stellung gekämpft.

Die konservative PiS-Regierung setzte im Juli 2018 ein Gesetz durch, nach dem Oberste Richterinnen und Richter in Polen nicht mehr mit 70, sondern schon mit 65 die Altersgrenze erreichen. Es wird angenommen, dass das Gesetz zum Ziel hat, unliebsame Richterinnen und Richter in den Ruhestand zu versetzen. Gersdorf widersetzte sich dieser Pensionierung und erschien weiterhin zum Dienst. Wenn sie nicht gewesen wäre, würde die Situation in Polen schon anders aussehen.<sup>6</sup> Gersdorf beruft sich auf die Verfassung, welche die Amtszeit von Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten schützt.



Die Anmerkung bezüglich der unterschiedlichen Vergabe des Taschengeldes von Jungen und Mädchen habe ich

---

<sup>6</sup> Das Gesetz ist umstritten, die EU-Kommission hat deswegen ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet. Es trifft ein Drittel der Richterschaft am Obersten Gericht, der höchsten Instanz unter anderem in Zivil-, Straf- und Arbeitssachen. 14 Juristen mussten nach Angaben des Gerichts bereits ihre Posten räumen. Wer nicht gehen will, kann bei Staatspräsident Andrzej Duda einen Antrag auf Amtsverlängerung stellen. Über 13 solcher Anträge muss Duda noch entscheiden. Gersdorf hat nach Angaben der PiS keinen Antrag gestellt. (Tagesspiegel 21.07.2018)

notiert, und es wäre spannend eine solche Untersuchung in Polen ebenfalls durchzuführen.

In Polen gibt es seit kurzer Zeit eine Initiative von Mädchen und Müttern, die sich gegen geschlechterstereotype Werbung und Darstellungen in Mädchenzeitschriften stellt. Sie haben eine eigene Zeitschrift entwickelt, die auf diese klischeehaften Darstellungen verzichtet. Auf Youtube kann man sehen, was sie machen.

Ich wäre auf einen Regierungsaustausch zwischen Polen und Deutschland zu frauenpolitischen Themen gespannt. Ich halte es aber für hilfreich, wenn Organisationen, die sich mit frauenpolitischen Themen beschäftigen, in Kontakt mit anderen Ländern treten. Ein Austausch wäre sicherlich sehr förderlich.

**Von der Lippe:** Vielen Dank für Ihren Einblicke, Herr Bodnar. Ich würde mir wünschen, dass der Funke, der da offensichtlich in Polen gerade glimmt, überspringt über die Grenze und dass wir hier in Brandenburg noch ein bisschen mehr Aktivität entfalten und ein bisschen mehr mit Polen in der Frage zusammenarbeiten. Wenn wir das sogar noch vor den Wahlen in Brandenburg bewerkstelligen könnten, wäre das großartig!

Wir haben eine ähnliche Problematik mit dem Begriff Gender. Sie haben es gesagt, Frau Dr. Henning, es ist ein großer Fortschritt, wenn man Geschlecht unabhängig von der Biologie diskutieren und thematisieren kann. Aber wie auch Herr Bodnar schon sagte, es handelt sich um einen englischen Begriff, von dem man nicht genau weiß, was er bedeuten soll. Er muss erklärt werden. Zudem gibt es in Brandenburg viele Menschen, die immer noch nicht so gut Englisch sprechen. Darüber hinaus wird der Begriff in verschiedenen Zusammenhängen benutzt. Gender Mainstreaming ist ja nichts Schlimmes, ich denke auch nicht, dass AFD-Politikerinnen und -Politiker es schlimm finden würden, wenn man einmal schaut, wo Frauen sind, oder dass man in Gender Studies zu Frauen forscht. Im Prinzip geht es im Wesentlichen darum, dass man die Situation der Geschlechter vergleicht. An sich wäre dies nichts Verwerfliches. Aber wenn man es so benennt, unter einem unverständlichen Begriff behandelt und mit dieser Terminologie versieht, dann wird es ganz schnell sehr verwerflich. Ich denke wir haben viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Allerdings setzt das eine Bereitschaft voraus, offen für andere Meinungen zu sein und sich mit anderen Konzepten auseinanderzusetzen. Wenn die Bereitschaft nicht da ist, und das ist meine Befürchtung und auch mein Erleben, dass man von vornherein alles ablehnt was Gender heißt, dann ist es natürlich auch schwer dagegen anzukämpfen.

**Stolarek:** Ich wollte noch einmal zurückkommen auf die Anmerkung von Herrn Bodnar, es wäre interessant zu sehen, wenn die polnische und deutsche Regierung zusammensäßen und über Frauenrechte debattieren würden. Das sollte vielleicht einmal durch einen Antrag beim Auswärtigen Amt oder bei der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit angeregt werden.



**Schmidt:** Es gab ja die Frage, was getan werden kann, um Änderungen zu erreichen, und ob es Vorbilder in Polen dafür gibt. Meines Erachtens geht es um Prägungen und Denkmuster in der Gesellschaft, die geändert werden müssen. Ich würde sagen, dass dies ein langfristiger Prozess ist, der nicht von heute auf morgen Änderungen herbeiführt. Aus meiner Perspektive als Mann nehme ich die feministische Rhetorik als sehr aggressiv wahr. Sie sprachen vom Kongress Kobiet (polnischer Frauenkongress). Kann man da erkennen, dass sich schon etwas verändert in der Gesellschaft oder ist es ein Inselphänomen?

**Bodnar:** Der Kongress Kobiet wird jedes Jahr organisiert und ist nicht nur ein Inselphänomen. Die Veranstalterinnen des Kongresses gehen sehr strategisch vor. Für die Vorbereitungen werden Schulungen angeboten und die Absolventinnen werden in Parlamente gewählt oder als Bürgermeisterinnen. Die Schulungen und der Kongress haben somit einen großen Effekt. Der Frauenkongress in Polen ist eine große Errungenschaft, vor allem, weil der Kongress das Thema Abtreibungen auf die Tagesordnung gesetzt und Aufklärungsarbeit geleistet hat.

**Vorpahl:** Ich wollte noch etwas zur Lohnungleichheit sagen. Der DGB hat dazu eine interessante Aufschlüsselung vorgenommen, in der die Lohnungleichheit aufgrund Teilzeit, Elternzeit usw. erklärt wird, aber faktisch 7 Prozent unerklärliche Lohnungleichheit übrig bleiben, die auf Diskriminierung schließen lässt.

Meine Frage bezieht sich auf Ihr Beispiel mit der Schweißerin. Gibt es in Polen berufsorientierende

Programme, die versuchen geschlechterstereotype Berufswahl aufzubrechen? In Brandenburg gibt es ein Programm zu diesem Thema, was allerdings nicht sonderlich erfolgreich ist. Vielleicht besteht die Möglichkeit, in dieser Hinsicht vom Nachbarn Polen zu lernen.

**Fuhrmann:** Sehen Sie Potential, dass sich eine Frau wie Barbara Nowatzka an die Spitze einer Partei setzt? Wie war das Wählerverhalten von Frauen bei der letzten Wahl?

**Baranowska-Koch:** Ich möchte Ihnen, Frau von der Lippe, ein Angebot machen. Ich war auf einem Treffen des polnischen Verbands der Lehrenden und Lehrer, welches sich mit der Vermittlung der polnischen Geschichte beschäftigte. Unter anderem gab es in diesem Zuge auch eine Diskussion über Gender und über Personen, die von der polnischen Geschichtserzählung ausgeschlossen waren aufgrund einer anderen geschlechtlicher Orientierung. Auch Transgender-Lehrer, die darüber berichteten. Zum Schluss meldete sich eine Lehrerin aus Tornow und berichtete darüber, unter welchem Druck Lehrer von Seiten der Eltern stehen, wenn sie mit Schülerinnen und Schülern über Gender sprechen wollen. Ich würde Ihnen gerne den Kontakt zum polnischen Verband der Lehrenden und Lehrer weiterleiten. Eventuell könnte man ein gemeinsames Aufklärungsprojekt über LGBTIQ-Rechte starten.

**Bochert-Apfelbacher:** Ich arbeite im Schulaufklärungsprojekt „Schule unterm Regenbogen“. In diesem Projekt bieten wir Schulaufklärung zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Ich freue mich über den Kontakt zum polnischen Verband der Lehrerinnen und Lehrer und würde mich über eine Zusammenarbeit freuen.

Wir arbeiten für den Landesverband AndersArtig e.V., der die Interessen von Lesben, Schwulen, Bi, Trans und Inter Menschen vertritt. Und wir haben am 15. September den Stettiner CSD unterstützt. Meine Frage wäre: Wie wird mit Angst vor Repressionen und mit der Einschränkung von Rechten von LGBTIQ in Polen umgegangen?

**Bodnar:** Was die Verankerung von LGBTIQ-Rechten angeht, hängt das polnische Recht hinterher. In Polen wurde eine Initiative von Eltern von LGBTIQ-Kindern ins Leben gerufen. Noch vor zwei Jahren gab es nur zwei CSD-Paraden in Polen, heute sind es fünfzehn. Damit zeigt sich, dass die LGBTIQ-Thematik immer bewusster in der Gesellschaft aufgenommen wird. Auf der anderen Seite wird die sogenannte nationale Bewegung immer

aktiver gegen LGBTIQ und das ist natürlich sehr besorgniserregend.

Ich würde gerne wissen, wie die Herangehensweise und Reaktion auf #metoo in Deutschland war?

**Von der Lippe:** Vielen Dank für das Angebot der Zusammenarbeit! Es trifft sich hervorragend, dass die Projektleiterin von „Schule unterm Regenbogen“ gerade hier ist. Das Projekt „Schule unterm Regenbogen“ wird vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gefördert, und wir sind an einem europäischen Austausch sehr interessiert.

Ich war jetzt nicht mehr gefragt worden, aber ich möchte noch kurz zu Herrn Schmidt sagen, der den Feminismus als aggressiv wahrnimmt. Wenn etwas als aggressiv wahrgenommen werden kann, dann ist das die Platzanweisung bezüglich der Geschlechterrollen. Da muss man gar nicht auf Cybergewalt oder häusliche Gewalt eingehen, sondern jegliches abweichendes Rollenverhalten wird sehr stark sanktioniert, manchmal einfach durch gewalttätiges Handeln. Ich glaube, da muss man dem Feminismus keinen Vorwurf machen.



Die #metoo-Debatte ist in Deutschland auf fruchtbaren Boden gestoßen, denn zuvor hatten bereits mehrere WDR-Journalistinnen sexuelle Belästigungen angezeigt, und mit dem #Aufschrei wurden bereits 2013 sexistische Erfahrungen in den sozialen Medien gesehen. In Deutschland kam es in Folge eines Artikels über eine als übergriffig beschriebene Begegnung der Journalistin Laura Himmelreich mit dem FDP-Politiker Rainer Brüderle zu einer Debatte insbesondere über Alltagssexismus. Die #metoo-Debatte war schon die zweite Welle, und daher war die Bereitschaft und Sensibilität schon vorher da, so dass man auch breitere Kreise in die Diskussion mit einbezogen hat. Es ging also nicht nur um die Filmbranche in Hollywood, sondern es ging um Sexismus im Allgemeinen – Alltagssexismus und dass häusliche Gewalt in allen gesellschaftlichen Schichten vorkommt. Auch die Aktionstage wie der 25. November, der Tag gegen Gewalt an Frauen werden in

Brandenburg sehr stark wahrgenommen. Viele Fahnen werden anlässlich dieses Tages vor dem Landtag oder den Rathäusern gehisst. Ziemlich neu ist der 14. Februar „one billion rising“, dort tanzen zahlreiche, vor allem jüngere Frauen, gegen Gewalt. #metoo ist somit in einen größeren Kontext eingebettet. Dennoch besteht immer die Gefahr, dass nach so einem großen Hype die Aufmerksamkeit für das Thema wieder abebbt und man im nächsten Jahr wieder vor den gleichen Zahlen steht, die sich ja nicht großartig verändern.

**Stolarek:** Eine kleine Anmerkung noch, die Weiterentwicklung von #metoo ist #metwo, und dort ging es um Rassismuserfahrungen. Des Weiteren gibt es Bestrebungen in Berlin, den 8. März als Feiertag zu deklarieren.

**Lukoschat:** In der Film- und Medienbranche ist #metoo schon sehr stark wahrgenommen worden. Zum einen haben sich Fraueninitiativen wie „ProQuoteFilm“ und „ProQuoteMedien“ gebildet, die versuchen strukturell Dinge zu verändern, beispielsweise was die Bezahlung und die Förderung betrifft.

Denn derzeit ist die Filmbranche durch und durch männlich geprägt. Frauen absolvieren zu fünfzig Prozent an den Filmhochschulen ein entsprechendes Studium. Trotz einer Vielzahl von Frauen produzierter Filme, werden diese deutlich weniger im öffentlichen Fernsehen gezeigt. Eine Diskrepanz, die auch auf der letzten Berlinale sehr stark diskutiert wurde. Daraus ist ein Bewusstsein entstanden, dass man kein Panel mehr haben kann, was rein männlich besetzt ist. Das gilt auch für die Besetzung von Jurys und schließt die Abbildung von Frauen in ihrer Vielfalt mit ein. Es liegt an uns, das Thema weiterhin in der Öffentlichkeit zu bearbeiten, und dass wir versuchen, durch Regelungen in den einzelnen Institutionen diese Forderungen festzuhalten.

**Spatz:** Ich möchte noch einmal zu einer Frage von Monika von der Lippe zurückkehren, welche die Frage gestellt hat: Wie können wir uns engagieren, bevor unsere Rechte eingeschränkt werden? Mein Erleben ist, dass wir von Polen lernen können, wie Frauen reagieren, wenn ihre Rechte eingeschränkt werden, denn es sind massenhaft Frauen auf die Straßen gegangen, wie beim Czarny Protest. Ich erlebe eine Diskussion von intellektuellen Frauen, die sehr viel mit Frauenthemen unterwegs sind, die dann, wenn es weh tut, anfangen zu schreien. Und ich würde von den Frauen, die heute hier sind und von Herrn Bodnar gerne wissen, wie wir uns engagieren können, bevor unsere Rechte eingeschränkt werden? Denn ich erlebe die polnischen Mädchen als sehr leidenschaftlich, und das würde ich gerne lernen, bevor es weh tut.

**„Mein Erleben ist, dass wir von Polen lernen können, wie Frauen reagieren, wenn ihre Rechte eingeschränkt werden, denn es sind massenhaft Frauen auf die Straßen gegangen, wie beim Czarny Protest.“**

**Schmidt:** Aus meinem Erleben kann ich berichten, dass diese Debatten (um #metoo) bei mir ausgelöst haben, über mein Verhalten nachzudenken, und ich den Eindruck habe, dass ich jetzt sensibilisierter bin. In vergangenen Debatten ging mir das nie so.

Von der Lippe: Was tun wir bevor es weh tut? Zum Beispiel uns hier in dieser Runde treffen und uns damit beschäftigen, wie es in anderen Ländern ist. Das war für mich der Aufhänger. Als ich Herrn Bodnar im September kennengelernt habe, habe ich sofort gedacht, dass wir unbedingt aufwachen müssen. Im kommenden Wahljahr sieht es so aus, dass rechte Parteien deutlich zulegen werden.

Und das sind die Parteien, die die Frauenrechte angreifen wollen. Also müssen wir uns zusammensetzen und verständigen. Und ich hoffe, dass alle den Impuls

mitnehmen, uns alle etwas mehr zu verbünden. Das war mein Anliegen dafür, Sie heute hierher einzuladen.

**Bodnar:** Im Hinblick auf die #metoo-Bewegung, in der es anfänglich eine euphorische Phase gab, haben wir in Polen etwas den Augenblick verpasst. In Polen gab es beispielsweise eine Gruppe von Frauen, die eine Anklageschrift verfasst hatte, bei welcher sich herausstellte, dass alle Unterzeichnerinnen ehemalige Freundinnen vom Angeklagten waren. Es war somit eher ein Racheakt der Frauen.

Die #metoo-Debatte hat aber auch in Polen dazu geführt sich mit alltäglichem Sexismus in allen Bereichen der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Für viel Aufsehen sorgte ein Bericht über Mobbing und sexuelle Gewalt in uniformierten Berufen, wie beispielsweise der Polizei. Es wurden dabei Fragen erörtert, wie die Informationsweitergabe ausgestaltet ist. Es stellte sich heraus, dass uniformierte Dienste eine Strategie erarbeitet haben. Am verheerendsten waren die Ergebnisse beim Militär.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass es mir wichtig wäre, die Diskussion nicht nur in elitären Kreisen zu führen, sondern auch mit der allgemeinen Zivilgesellschaft.





## Resümee der Diskussion und Ausblick

Die Landesgleichstellungsbeauftragte und die Friedrich-Ebert-Stiftung luden am 4. Dezember 2018 zu einem Runden Tisch zum Thema: „Frauenpolitik in Brandenburg und Polen – aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen“ in das Mercure Hotel Potsdam City ein. Gemeinsam mit dem Beauftragten der polnischen Regierung für Bürgerrechte, Adam Bodnar, diskutierten die Landesgleichstellungsbeauftragte sowie gleichstellungspolitische Akteurinnen und Akteure aus Brandenburg und Polen über Strategien und Problemfelder der aktuellen Frauenpolitik beider Länder.

### Gemeinsamkeiten

Beide Länder führen ähnliche Diskurse im Hinblick auf die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen, Paritätsbestrebungen in der Politik, auf Podien, aber auch in Aufsichtsräten und in Führungspositionen sowie hinsichtlich sexistischer Hass-Tiraden im Internet gegen Frauen.

Im Umgang mit dem Gender Begriff erleben beide Länder eine bewusste negative Darstellung des Begriffs seitens rechter und konservativer Strömungen mit dem Ziel den Gender Begriff von seinen Errungenschaften zu entkoppeln. In Polen befeuert man diese Debatte mit einer westlichen, von Brüssel aufgedrückten Ideologie des „Genderwahns“. In Deutschland beruft man sich auf angebliche Einschränkungen durch „Gender“ und die vermeintliche Abschaffung der sogenannten Kernfamilie.

Der Widerstand in Polen und in Deutschland gegen etwas, was als „Gender-Ideologie“ konstruiert wird, ist ein Einfallstor, um Errungenschaften der Frauenbewegung zu attackieren. Frauenpolitische Akteurinnen und Akteure in beiden Ländern sind gefragt, Aufklärungsarbeit und eine gezielte Auseinandersetzung für diesen Begriff zu leisten, mit dem Ziel die Errungenschaften des Gender Begriffs ins Zentrum der Debatte stellen, um die Deutungshoheit nicht rechten und konservativen Strömungen zu überlassen.



### Was können wir von Polen lernen, wenn Frauenrechte und Frauenförderung eingeschränkt werden?

Polen hat eine sehr starke Frauenbewegung, deren Akteurinnen und Akteure sich einmal im Jahr beim „Kongres Kobiet“ (Frauenkongress) treffen.

Dieses Treffen dient nicht nur dem Austausch und der Vernetzung, sondern ist auch ein Ort der Weiterbildung und Förderung von Frauen.

Brandenburg benötigt ein ähnlich starkes Bündnis wie den „Kongres Kobiet“, in welchem sich frauenpolitische Akteurinnen zu einer starken Union vereinigen und gemeinsam Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse nehmen.

Zudem sehen wir am Beispiel von Polen die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements. Das große Interesse an einem Aufklärungsbuch (von Anja Rubik) jenseits des konservativen und veralteten Sexualunterrichts, sowie am Film „Kler“, der sich mit den Missständen der katholischen Kirche auseinandersetzt,

aber auch der Rückzug der polnischen Regierung hinsichtlich des Versuchs das Abtreibungsgesetz zu verschärfen, zeigen, dass die traditionellen und rechten Werte von vielen Menschen aus der polnischen Zivilgesellschaft nicht getragen und nicht unterstützt werden, und dies wiederum verdeutlicht den Stellenwert zivilgesellschaftlichen Engagements.

### **Was kann Polen von Brandenburg lernen?**

Die rechtliche Verankerung von LGTBIQ-Rechten in Polen ist sehr rückständig. Lehrerinnen und Lehrer, die über LGTBIQ im Unterricht sprechen wollen, werden von Eltern unter Druck gesetzt davon abzusehen. Das Projekt „Schule unterm Regenbogen“, gefördert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, leistet Aufklärungsarbeit in Schulen für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

#### **Polens Stellschrauben:**

- 1) Öffentliches Bewusstsein und staatliche Kampagnen gegen häusliche Gewalt
- 2) Frauengesundheit
  - a) Ausbau eines Netzes nachgeburtlicher Nachsorge/Wochenbettbetreuung (hängt auch mit besserer Bezahlung in diesem Bereich zusammen, damit Fachkräfte nicht in andere Länder wie Deutschland abwandern, die attraktivere Arbeitsangebote machen)
  - b) Legale Abtreibungen in Polen
- 3) Rechtliche Verankerung von LGTBIQ-Rechten
- 4) Abschaffung traditioneller Rollenzuschreibungen
  - a) Für gleichberechtigte Kindererziehung
  - b) Für gleichberechtigte Haushaltsführung
  - c) Kindergeldprogramm sorgt in ländlichen Gebieten Polens mit niedrigen Einkommen für eine gesteigerte Bereitschaft von Frauen sich ausschließlich Familienaufgaben zu widmen – Bodnar: Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollten sich an den Kosten der Elternzeit beteiligen, um Anreize für die Arbeitswelt zu schaffen.

### **Resultate**

Ergebnis des Runden Tisches ist das Bestreben, eine konkrete Zusammenarbeit des polnischen Verbandes von Lehrerinnen und Lehrern mit dem Brandenburgischen Projekt „Schule unterm Regenbogen“ anzugehen. Darüber hinaus gab es die Anregung, auf höherer politischer Ebene einen Austausch der polnischen und deutschen Seite zum Thema Frauenrechte zu organisieren. Auf allen Seiten bestand großes Interesse an einer Fortsetzung des deutsch-polnischen Austausches zu gleichstellungspolitischen Themen. Verschiedene Akteure aus Brandenburg haben verabredet, sich gegen antifeministische Bestrebungen öffentlich zur Wehr zu setzen. Wie das genau geschehen soll, wollen sie untereinander verabreden – möglicherweise in weiteren Gesprächsrunden.

### **Ausblick**

Frauenpolitische Akteurinnen und Akteure beider Länder sind gefragt, Aufklärungsarbeit und eine gezielte Auseinandersetzung mit frauenpolitischen Themen zu leisten, mit dem Ziel, die Errungenschaften der Frauenpolitik ins Zentrum des Diskurses zu stellen.

Das Beispiel Polen zeigt auch, wie wichtig die geregelte Finanzierung von Frauenhäusern und Frauenzentren ist. Mit einer rechten und konservativen Regierung, welche die Förderung und Finanzierung nicht für notwendig hält, wird wertvolle frauenpolitische Arbeit beschnitten. Daher sind Überlegungen notwendig, Frauenhäuser beispielsweise in den Pflichtkatalog der Kommunen aufzunehmen, um die Finanzierung dieser Einrichtungen unabhängig von zukünftigen Regierungsentscheidungen zu machen.

Darüber hinaus ist eine enge Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft notwendig, um Veränderungen auf legalem und institutionellen Wege anzustreben, aber auch um in das Alltagsleben hineinzuwirken. Wir sehen am Beispiel von Polen den hohen Stellenwert zivilgesellschaftlichen Engagements, denn wenn zahlreiche Frauen, wie beispielsweise beim Czarny Protest (deutsch „schwarzer Protest“) im Jahr 2016, gegen die Verschärfung des Gesetzes zur Abtreibung protestieren und somit rückwärtsgewandte Einstellungen von vielen Menschen aus der Zivilgesellschaft nicht mitgetragen und nicht unterstützt werden, sind rechte Regierungen in ihrer Handlungsfreiheit begrenzt.

## Teilnehmende

Anita Baranowska-Koch	Bartoszewski-Initiative
Adam Bodnar	Beauftragter der polnischen Regierung für Bürgerrechte
Nadine Borchert-Apfelbacher	Projektleitung „Schule unterm Regenbogen“
Michaela Burkard	Referentin Frauenpolitischer Rat
Bärbel Dietrich	Sachbearbeiterin, Stabsstelle der Landesbeauftragten, Brandenburg
Anja-Christin Faber	Geschäftsführerin des Brandenburgischen Landfrauenverbandes
Karolina Fuhrmann	Projektkoordinatorin Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
Heiderose Gerber	Geschäftsführerin Autonomes Frauenzentrum Potsdam
Dr. Anja Hennig	Referentin, Staatskanzlei, Brandenburg
Karina Korsak	
Dr. Carola Lau	Sozialhistorikerin Osteuropa
Dr. Magdalena Ludwig	Mentee von Frau von der Lippe im deutsch-polnischen Frauenmentoring-Programm PolMotion, agitPolska
Dr. Helga Lukoschat	Leiterin der Europäischen Akademie für „Frauen in Politik und Wirtschaft“, EAF
Dietlinde-Bettina Peters	Vorsitzende Juristinnenbund, Landesverband Brandenburg, und Richterin für Arbeitsrecht
Alexandra Pichl	Bündnis 90/DIE GRÜNEN, LAG Frauen- und Geschlechterpolitik, Brandenburg
Anne Reisenweber	Referentin der Gleichstellungsbeauftragten, Landeshauptstadt Potsdam
Christian Schmidt	Vorsitzender der Gesellschaft für deutsch-polnische Nachbarschaft
Vera Spatz	Mitarbeiterin Mädchentreff „Zimticken“
Joanna Stolarek	Journalistin Neue deutsche Medienmacher e.V.
Michaela Theurer	Internationaler Bund (IB) Region Brandenburg Nordost
Dorota Tkaczyk	Vorstandsmitglied des Young Polish International Network (YPIN)
Monika von der Lippe	Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Brandenburg
Ulrike von Gayl	Gleichstellungsbeauftragte der Staatskanzlei, Brandenburg
Mareike Vorpahl	Projektleiterin der KuKMA (Kontakt- und Koordinierungsstelle Mädchenarbeit in Brandenburg)
Carsten Werner	Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Landesbüro Brandenburg